A9: Die Linke als „organisierende Klassenpartei“ in der Arbeiter*innenklasse verwurzeln

Einreichende: Israel Encina, Jaël In ‘t Veld, Stefan Nagel, Jan Rottenbach, Paul Mermet, Johannes Schmidt, Tanja Bohlen, Stefan Heuer, AG Betrieb & Gewerkschaft

Unterstützende: Alexander Schmidt, Björn Höfer, Marco Hamann, Tammo Thyselius, Robby Aydin, Kai Knappik, Tjark Delfs, Kai Tischer, Lucie Hammer, Julia Aigner, Katja Wagner, Nicolas Rother, Petra Ertel, Hendrik Frieling, Kilian Fürstenau, Sascha Göttert, Robert Gruner, Piet Heinrich, Franziska Kage, Tom Knappstein, Florian Luginger, Marthe Melde, Bosse Rosenow, Konrad Weiß

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Der Stadtvorstand (StaVo) unterstützt das Vorhaben der Bundespartei mit dem Ziel, Die Linke als organisierende Klassenpartei stärker in der Arbeiter*innenklasse zu verankern. Für den Stadtverband Leipzig bieten sich dafür insbesondere folgende Schritte an:

1. Arbeiter*innen erreichen und Arbeitskämpfe unterstützen

Der Stadtverband (SV) verstärkt die gezielte Ansprache von Arbeiter*innen bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen und unterstützt solidarisch Arbeitskämpfe der Gewerkschaften in Leipzig – unter anderem durch Anträge, Pressemitteilungen und öffentliche Aktionen.
Dabei könnte die politische Botschaft des SV Leipzig klar und sichtbar sein:
Wir, als Die Linke, sind organisierter Teil unserer Klasse – der Lohnabhängigen. Wir stellen uns gegen Sparpolitik, Prekarisierung und Ausbeutung und unterstützen die Kämpfe der Beschäftigten für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.
Damit verbindet sich die öffentliche Unterstützung konkreter Arbeitskämpfe mit einer langfristigen politischen Verankerung der Partei in den sozialen Auseinandersetzungen der Stadt. Um der anhaltenden Spaltung der Arbeiter*innenklasse entgegenzuwirken verstehen wir uns dabei als Brückenbauerin einer breiten linken Bündnispolitik.

2. Gewerkschaftliche Zusammenarbeit ausbauen

Der SV intensiviert die Abstimmung bei Sozialprotesten und antimilitaristischen Auseinandersetzungen mit den DGB-Gewerkschaften wie ver.di, IG Metall, EVG, IG BCE, IG BAU, NGG, GEW und der FAU. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei denjenigen gewerkschaftlichen Initiativen und Strukturen, die auf eine aktive Beteiligung ihrer Mitglieder und eine Ausweitung von Arbeitskämpfen setzen.
Die Zusammenarbeit könnte dabei über punktuelle Solidarität hinausgehen und stärker auf gemeinsame politische Aktivitäten, gegenseitige Unterstützung und kontinuierlichen Austausch ausgerichtet werden.

3. Mapping: Gewerkschaftliche und betriebliche Verankerung sichtbar machen
Der Bundesparteitag in Chemnitz hat im Mai 2025 beschlossen:
„Wir möchten Konzepte entwickeln, wie unsere Genoss*innen an ihrem Arbeitsplatz die

Gewerkschaftsbewegung stärken können. Wir möchten eine betriebliche Praxis der Linken entwickeln und betrieblich aktive Mitglieder dazu ausbilden, ihre Gewerkschaftsstrukturen vor Ort zu unterstützen. [...] Um diese Strategie voranzutreiben wollen wir einen Überblick darüber gewinnen, in welchen Branchen unsere Mitgliedschaft arbeitet und diese dann gezielt einbinden."
An diesen Ansatz könnte auch der Leipziger Stadtverband anknüpfen. In Abstimmung mit den Verantwortlichen für das bundesweite Mapping, der dafür eingesetzten UAG der BAG Betrieb und Gewerkschaft wird zunächst ein Überblick darüber gewonnen,

- in welchen Branchen und Betrieben Mitglieder des Stadtverbandes arbeiten,
- in welchen Gewerkschaften sie organisiert sind,
- wo und in welcher Rolle Mitglieder bereits gewerkschaftlich aktiv sind oder ob sie als Betriebs- oder Personalrät*in Mandatsträger*in im Betrieb sind,
- und in welchen Bereichen bislang eine starke und andererseits kaum eine gewerkschaftliche oder betriebliche Verankerung der Partei besteht.

Auf dieser Grundlage können Genoss*innen gezielt angesprochen und dabei unterstützt werden, sich in Gewerkschaften, Betriebsräten und anderen Mitbestimmungsstrukturen einzubringen.

Für die Koordination dieses Prozesses wird aus den freiwillig mitwirkenden Stadtbezirksverbänden (SBVs) jeweils eine verantwortliche Person benannt. Diese steht in regelmäßigem Austausch mit dem Stadtvorstand zum Schwerpunkt „Stärkung der Gewerkschaftsverankerung". Die SBVs tragen Informationen über die beruflichen und gewerkschaftlichen Zusammenhänge ihrer Mitglieder zusammen und entwickeln daraus gemeinsam mit dem Stadtvorstand konkrete Schritte für eine stärkere betriebliche und gewerkschaftliche Verankerung.

4. Bildungsarbeit zur organisierenden Klassenpartei

Der Stadtverband unterstützt und begleitet organisatorisch das Bildungsformat der AG Betrieb und Gewerkschaft zum Ziel „Organisierende Klassenpartei".
Das Format wird nach Möglichkeit in allen SBVs und Basisorganisationen (BOs) des Stadtverbandes angeboten. Dadurch kann die Diskussion über die politische Ausrichtung der Partei in den verschiedenen Gliederungen geführt und zugleich ein gemeinsames Verständnis davon entwickelt werden, was eine organisierende Klassenpartei in der konkreten politischen Praxis bedeutet.
Aus der Diskussion heraus können anschließend gemeinsame und koordinierte Aktivitäten entstehen, die die betriebliche und gewerkschaftliche Verankerung des Stadtverbandes Schritt für Schritt stärken.

5. Organisatorische Verankerung im Stadtvorstand

Im Rahmen von § 16 der Stadtsatzung wird das Politikfeld „Organisierende Klassenpartei und gewerkschaftliche Verankerung" einem Stadt-Vorstandsmitglied oder einer Arbeitsgruppe des Stadtvorstands zugeordnet.
Zur Unterstützung der kontinuierlichen Arbeit dieser Arbeitsgruppe sollte der Stadtvorstand in der Geschäftsstelle beispielsweise ein Arbeitskontingent von bis zu acht Stunden monatlich einplanen.

Begründung:

Der Leitantrag des Bundesparteitags in Chemnitz vom Mai 2025 beschreibt es als eine „zentrale Aufgabe“, „sich in der Arbeiter*innenklasse zu verwurzeln“ und Die Linke zu einer organisierenden Klassenpartei weiterzuentwickeln. Mit dem Leipziger Stadtparteitag 2025 wurde bereits ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan. Antrag A3 formulierte den Anspruch, die organisierende Klassenpartei fest in die politische Praxis des Stadtverbandes zu integrieren. Mit dem vorliegenden Antrag geht es darum, diesen Anspruch mit konkreten und kontinuierlichen Aktivitäten zu unterfüttern.

Eine solche Verankerung beginnt dort, wo Menschen ihre Arbeitskraft einsetzen und ihre Interessen gemeinsam organisieren: in den Betrieben, Dienststellen, Einrichtungen und Gewerkschaften. Gerade hier verfügt Die Linke in Leipzig über Möglichkeiten, ihre politische Praxis weiterzuentwickeln und neue Verbindungen zu Beschäftigten aufzubauen.

Dabei ist der Begriff Arbeiter*innenklasse bewusst weit gefasst. Gemeint sind alle Menschen, die einer beruflichen Tätigkeit nachgehen und ihren Lebensunterhalt überwiegend durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft bestreiten – unabhängig davon, ob sie im produzierenden Gewerbe, im Handel, in der Logistik, in personenbezogenen Dienstleistungen, in planenden und kreativen Berufen, in technischer Entwicklung, Forschung und Wissenschaft oder in Kunst und Kultur arbeiten.

Der Leitantrag des Bundesparteitags formuliert entsprechend den Anspruch: „Die Linke muss eine organisierende Klassenpartei werden“ und sich „als sozialistische Mitgliederpartei weiterentwickeln. (…) Wir haben den Anspruch, die Interessen unserer Klasse zu vertreten.“

Klasse bezeichnet dabei jene gesellschaftliche Gruppe, „die dazu gezwungen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten – also die übergroße Mehrheit in unserer Gesellschaft.“

Eine organisierende Klassenpartei erschöpft sich deshalb nicht darin, soziale Interessen parlamentarisch zu vertreten oder Solidarität mit Arbeitskämpfen zu erklären. Ihre besondere Stärke liegt darin, Sozialist*innen und Menschen unserer Klasse auch über den Betrieb und die Gewerkschaft hinaus miteinander zu verbinden, ihre Handlungsmöglichkeiten zu stärken und aus vereinzelten Erfahrungen kollektive politische Handlungsfähigkeit entstehen zu lassen sowie als Sozialist*innen organisiert in den gewerkschaftlichen Gremien zu wirken.

Für Die Linke bedeutet das, stärker dort präsent zu sein, wo soziale Konflikte entstehen und Menschen ihre Interessen organisieren: in Betrieben, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Nachbarschaften. Das vorgeschlagene Mapping schafft dafür zunächst einen Überblick über die vorhandenen Ressourcen und Erfahrungen innerhalb des Stadtverbandes. Bildungsangebote, gewerkschaftliche Zusammenarbeit und konkrete Unterstützung von Arbeitskämpfen können darauf aufbauen.

Der Antrag versteht sich damit weniger als einmalige Kampagne denn als Beginn eines längerfristigen Organisationsprozesses. Ziel ist eine Partei, die nicht nur über die Arbeiter*innenklasse spricht, sondern gemeinsam mit Beschäftigten handelt, ihre Kämpfe unterstützt und ihnen dabei hilft, selbst politische Wirksamkeit zu entfalten – im Betrieb, in der Gewerkschaft und in der Gesellschaft.

So kann Die Linke in Leipzig ihre gesellschaftliche Verankerung erweitern und zugleich ihrem eigenen Anspruch näherkommen, eine organisierende Klassenpartei zu sein.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: